

<b>Antrag der Fraktion Marburger Linke</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b> <b>Status:</b> <b>Datum:</b> <b>Eingang:</b>	<b>VO/4405/2015</b> <b>öffentlich</b> <b>21.10.2015</b> <b>21.10.2011</b>	<b>TOP</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratende Gremien:</u></b>	<b>Magistrat</b> <b>Haupt- und Finanzausschuss</b> <b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b> <b>Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen</b>		

## **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umwandlung von Wohnungen in Ferienwohnungen**

Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Umwandlung von Wohnungen in Ferienwohnungen und die damit einhergehende Zweckentfremdung von Wohnraum ab.**

**Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen auf, ein Gesetz gegen eine solche Zweckentfremdung von Wohnraum zu erlassen.**

**Der Magistrat möge berichten, welche Möglichkeiten die Universitätsstadt Marburg sieht, im eigenen Zuständigkeitsbereich die weitere Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern.**

### **Begründung**

Zunehmen werden Wohnungen auch in Marburg in Ferienwohnungen umgewandelt, wie zuletzt auch die Oberhessische Presse berichtet. In einem OP-Bericht wird ein Immobilienunternehmer zitiert, der Ferienwohnungen gegenüber normalen Wohnungen bevorzugt, weil damit höhere Renditen zu erzielen seien. Der Unternehmer kündigt auch an, weitere Wohnungen in Ferienwohnungen umzuwidmen. Das Problem: Die umgewandelten Wohnungen werden dem Wohnungsmarkt dauerhaft entzogen und die Wohnungsnot wird weiter verschärft. Die Stadtverordnetenversammlung sollte sich in dieser Frage eindeutig positionieren und das Land Hessen auffordern, analog zu anderen Bundesländern gesetzliche Regelungen gegen solche Maßnahmen zu erlassen. Zudem sollte der Magistrat über das Problem und mögliche Initiativen im eigenen Zuständigkeitsbereich berichten. Die Wohnraumversorgung ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht allein dem Markt überlassen werden.

Henning Köster

Halise Adsan

Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr

